



Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 061 / 2014

Kiel, Mittwoch, 19. Februar 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Europa / Arbeitsprogramm Europäische Kommission

Dr. Ekkehard Klug: Auch uns in Deutschland kann es nicht auf Dauer gut gehen, wenn alle Nachbarn in der Krise stecken bleiben

In seiner Rede zu TOP 8, 16 (Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission) erklärt der europapolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem die Jugendarbeitslosigkeit seit 2008 gefallen ist – und zwar um mehr als 3 Prozentpunkte auf den europaweit niedrigsten Wert von 7,4 Prozent. In etlichen anderen Staaten der EU hat sich die Quote seither verdoppelt und z.T. sogar verdreifacht, und zwar bis hin zu Anteilen von 54 Prozent in Spanien oder 59 Prozent in Griechenland. Diese Situation ist dramatisch, und es ist nicht nur ein Akt europäischer Solidarität, daran mitzuwirken, dass sich dies ändert.

Auf mittlere und längere Sicht wird es auch uns hier in Deutschland nicht weiter gut gehen, wenn sich die Lage in unseren Nachbarländern nicht bessert. Und falls in vielen europäischen Staaten eine „verlorene Generation“ heranwächst, wäre dies auch politisch mit erheblichen Gefahren und Verwerfungen verbunden.

Eine Lösung des Problems ist freilich schwieriger und komplizierter, als es manche gut gemeinte Initiativen glauben machen wollen.

EU-Förderprogramme werden dies allein nicht schaffen, vor allem dann, wenn sie nur auf kurzfristigen statistischen Effekten durch öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen beruhen. Dies gilt auch für die EU-Initiative zu einer sogenannten ‚Jobgarantie‘.

Bei deren Umsetzung liegt es vor allem in der Verantwortung der jeweiligen Mitgliedsstaaten, sicherzustellen, dass diese mit vielen Steuermilliarden unterlegte Maßnahme nicht zu reiner Symbolpolitik verkommt.

Entscheidend wird sein, dass die betroffenen Staaten jahrelang versäumte Strukturreformen angehen, die mehrere Ansatzpunkte haben müssen:

- die Ermöglichung von wirtschaftlichem Wachstum, d.h. dass Unternehmen investieren und damit Arbeitsplätze schaffen;
- Bildungsreformen, durch die junge Leute die erforderliche Qualifikation erhalten, um diese Arbeitsplätze wahrnehmen zu können;
- Arbeitsmarktreformen, die vor allem darauf abzielen müssen, bestehende Hürden für die Beschäftigung junger Menschen abzubauen.

Es liegt in der Verantwortung der einzelnen EU-Mitgliedsländer, dabei die jeweils vor Ort notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

In Frankreich hat der Staatspräsident kürzlich angekündigt, dass die Wirtschaft neben Steuererleichterungen von 20 Milliarden Euro bei den Lohnnebenkosten um 30 bis 35 Milliarden Euro entlastet werden soll, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Da kann man wirklich Bauklötze staunen: Ein sozialistischer Staatschef entdeckt nach mehreren Jahren verfehlter Politik Instrumentarien, die seine Parteifreunde bislang europaweit als Teufelszeug aus dem Höllenfeuer des sogenannten Neoliberalismus verflucht haben. Und vor seinem großen Aufschlag lädt Monsieur Hollande sogar auch noch einen gewissen Peter Hartz aus Deutschland zum Vier-Augen-Gespräch ein und lässt sich von ihm beraten.

In vielen Teilen Europas besteht auch im Bildungsbereich großer Handlungsbedarf, weil Bildungsangebote, die für neues Wachstum erforderlich sind, dort bisher fehlen. Beispiel Spanien: In Spanien gibt es 1,5 Millionen Studenten, aber nur 270.000 Berufsschüler – wobei die Berufsausbildung dort ebenfalls eher theorielastig ist.

Zum Vergleich: In Schleswig-Holstein stehen den rund 55.000 Studierenden an den Hochschulen des Landes allein 57.000 Berufsschüler im Rahmen des viel praxisnäheren ‚dualen Systems‘ der Berufsausbildung gegenüber. Neben den Bildungsreformen, die Länder wie Spanien vor allem im Bereich einer praxisnahen Berufsausbildung brauchen, liegt ein kleiner Lösungsbeitrag sicher auch darin, dass wir in Deutschland junge Leute aus den Krisenländern hier bei uns in eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen und ihnen damit Berufs- und Lebenschancen vermitteln.

Mit Blick auf den bei uns in vielen Bereichen bestehenden Fachkräftebedarf ist das nicht einmal eine uneigennützigte Hilfe; vielmehr haben auch wir etwas davon!

Es gibt dazu ja auch bereits Initiativen der EU, der Bundesregierung und auch konkrete Ansätze bei uns in Schleswig-Holstein, etwa bei der Handwerkskammer Lübeck. 21 junge Spanier haben im vorigen Jahr Praktika bei Lübecker Handwerksbetrieben durchgeführt, und 18 von ihnen haben dann im Herbst ein Ausbildungsverhältnis begonnen.

Insoweit enthält der Antrag der CDU-Fraktion grundsätzlich nichts Neues. Ich sehe auch keine Notwendigkeit, eine Zielmarke von 500 Jugendlichen zu definieren, und auch die von der Union vorgeschlagene Beschränkung auf eine einzelne Region in Spanien ist aus meiner Sicht nicht zweckmäßig. Ich möchte daran erinnern, dass die Jugendarbeitslosigkeit auch in unserer Nachbarschaft im Ostseeraum sehr hoch ist – in Polen sind es z.B. 27 Prozent, in Schweden rund 23 und in Finnland ca. 20 Prozent. Wir sollten offen sein für motivierte, leistungsbereite junge Menschen aus allen europäischen Nachbarländern!

Über eine angemessenere Formulierung des Auftrages an die Landesregierung sollten wir uns daher in der Ausschussberatung noch einmal austauschen.

Der zweite Themenkomplex, um den es in der heutigen Landtagsdebatte gehen soll, betrifft die Themen des Arbeitsprogramms der EU-Kommission, die auch für unser Bundesland von spezieller Bedeutung sind.

Hierüber hat es seit Anfang letzter Woche zwischen der CDU und den Koalitionsfraktionen einen teilweise etwas bizarren Streit um Antragsformulierungen gegeben. Das Ganze erinnert mich ein wenig an die legendären Bemerkungen von Heide Simonis über kleine Jungs, die im Sandkasten miteinander streiten. Ein paar junge Damen sind in diesem Falle allerdings auch mitbeteiligt.

Keiner der vorliegenden Anträge ist meines Erachtens komplett überzeugend. Weshalb spricht z.B. der Koalitionsantrag (unter Ziffer 7) etwas verschämt von ‚europäischer Bankenregulierung‘, während die Landesregierung das Thema in ihrer Drucksache 18/1431 (vom 14. Januar 2014) sehr viel konkreter benennt: ‚Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Banken‘. Das sieht doch ganz danach aus, als ob der parlamentarische Arm der Regierungskoalition lieber Wortkosmetik betreibt, als mit Blick auf die HSH Nordbank das Menetekel an die Wand zu malen.

Im CDU-Antrag sollte unseres Erachtens das schleswig-holsteinische Interesse, beim Thema ‚Fracking‘ eine Möglichkeit, auf nationaler und/oder regionaler Ebene ‚nein‘ sagen zu können, ausdrücklich mit formuliert werden (Ziffer 2).

Insoweit gibt es auch zum zweiten Themenkomplex noch weiteren Beratungsbedarf.“